

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Sicherheit im Zonengrenzgebiet.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die drei westlichen Besatzungsmächte unverzüglich und in aller Form um die Einleitung von Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht zu bitten mit dem Ziel,

1. die Verantwortlichkeit für die in jüngster Zeit vorgenommenen Übergriffe an der Sowjetzonengrenze festzustellen, die in der Festnahme von Bewohnern westlich der Zonengrenze gelegener Gebietsteile, in der Beschlagnahme von Werkseigentum und in der willkürlichen Einbeziehung landwirtschaftlichen Besitzes in das Sowjetzonengebiet bestehen;
2. eine allgemeinverbindliche Feststellung über den Verlauf der Zonengrenze zu treffen und öffentlich bekanntzumachen;
3. die in den Jahren seit 1945 regional und zentral zwischen den Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen über Wirtschaftsgrenzen im Zonengrenzgebiet, den kleinen Grenzverkehr und Beziehungen wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Natur im Gebiet der Zonengrenze wieder in Kraft zu setzen.

Bonn, den 24. Juni 1952

Ollenhauer und Fraktion